

Ressort: Politik

Union verspricht im Wahlprogramm Entlastungen für Familien

Berlin, 26.06.2017, 17:22 Uhr

GDN - Die Union will im Bundestagswahlkampf offenbar mit deutlichen Entlastungen für Familien punkten. Am Montag präsentierten CDU-Chefin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble den Bundesvorstandsmitgliedern der CDU die Grundzüge des Programms.

Es soll am Montag kommender Woche beschlossen werden. CDU-Generalsekretär Peter Tauber sagte nach der Sitzung lediglich, die Familienpolitik werde ein "Schwerpunkt" in dem Programm sein, nannte aber keine Details, so die "Süddeutsche Zeitung" in ihrer Dienstagausgabe. Teilnehmerangaben zufolge sollen Merkel und Schäuble in der Sitzung aber eine Vielzahl von Punkten aufgeführt haben. So wolle die CDU ein Baukindergeld für Familien und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter einführen. Außerdem soll beim ersten Kauf eines Eigenheims die Grunderwerbssteuer entfallen. Auch im Steuerrecht soll es eine Besserstellung geben. Die CDU will angeblich den Kinderfreibetrag deutlich erhöhen. Er soll zwar nicht komplett auf die Höhe des Grundfreibetrags für Erwachsene angehoben werden, wie das etwa die CSU oder die Junge Union gefordert haben - dies würde acht Milliarden Euro kosten. Die Union plant aber, den Kinderfreibetrag zumindest um die Hälfte der bisherigen Differenz zum Grundfreibetrag anzuheben. Um Gutverdiener nicht zu bevorzugen, soll gleichzeitig auch das Kindergeld um 20 Euro erhöht werden. Im Einkommensteuerrecht plant die Union auch andere Änderungen - etwa beim Spitzensteuersatz. Dieser beträgt 42 Prozent, bisher wird er ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 53.666 Euro erhoben. Die Union will diese Grenze auf 60.000 Euro erhöhen. Den Solidaritätszuschlag von 5,5 Prozent will die Union abbauen. Es werden elf Schritte von je 0,5 Prozent bis zum Jahr 2030 erwogen. Endgültige Entscheidungen über ihr Wahlprogramm hat die Union allerdings noch nicht getroffen, die CDU-Bundesvorstandsmitglieder haben bisher noch nicht einmal eine Kopie des Programmentwurfs erhalten. Am Montag tagte auch der CSU-Vorstand. Parteichef Horst Seehofer wies nach Teilnehmerangaben darauf hin, dass beim Wahlprogramm der Union stets der Spitzenkandidat, also Merkel, das letzte Wort habe. Das sei auch 2002 unter dem damaligen Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber so gewesen. Einig sei sich die Union auch in dem Ziel, die Arbeitslosigkeit halbieren zu wollen und mit einem Gesetz den Zuzug von ausländischen Fachkräften zu steuern. Forderungen, die sie nicht im gemeinsamen Wahlprogramm mit der CDU durchsetzen kann, will die CSU in einem eigenen "Bayernplan" verankern. Dazu zählen die Mütterrente, bundesweite Plebiszite oder eine Obergrenze für Flüchtlinge.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-91233/union-verspricht-im-wahlprogramm-entlastungen-fuer-familien.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com